

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 2/49. Jahrgang

Februar 2018

Schutzgebühr: 0,40 €



Demo der IG Metal am 24.1.in Gießen

Inhalt:

| | |
|--|-----|
| Hess.Verfassung/Straßenbeiträge | S.2 |
| Rettet die Alte Post - vor Spekulanten | S.3 |
| IG Metall: Kämpfen!/Das ist Mehrwert | S.4 |
| SPD/UKGM: abkassieren/Stuttgart21 | S.5 |
| Groko-Verzicht Klimaziele/Leserbriefe | S.6 |
| LLL-Demo+Konferenz/Dr. A.Kaufmann | S.7 |
| Termine/Deutsche Panzer gegen Kurden | S.8 |

Lohnrunden 2018:

Macht den Unternehmern Dampf - gemeinsam!

Die Metallbosse mauern weiter, auch nach der vierten Runde, die am 25. Januar zu Ende ging, weigern sie sich, ein verhandelbares Ergebnisangebot vorzulegen.

Die Metaller sind kampfbereit; rund 400 demonstrierten in Gießen am 24.1. für ihre berechtigten Forderungen (s. Artikel S. 4).

Während die Unternehmer Riesenprofite einfahren, die sie aus der Arbeitskraft ihrer Beschäftigten herausgepresst haben, blieben die Löhne auf der Strecke.

Das betrifft nicht nur die 3,5 Millionen Metaller, sondern alle, die darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um Geld zum Leben zu haben. Auch in anderen Branchen laufen in diesem Jahr die Tarifverträge aus: für die 240.000 Beschäftigten bei Post und Telekom im Januar, für die 2,5 Millionen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst der Gemeinden und für die 700.000 Kollegen im Bauhauptgewerbe. Sie alle werden kämpfen müssen, um ihre Interessen durchzusetzen.

Deutschland ist Weltmeister beim Lohndumping

Zwischen 2000 und 2010 sind die Reallöhne um 4,6% gesunken, damit ist die BRD Schlusslicht im internationalen Vergleich (Norwegen + 25%, Finnland + 22%, Schweden und England + 14%, Frankreich + 8,6%, bis auf Japan sind die Löhne in allen Industrienationen gestiegen). Heute liegt der durchschnittliche Reallohn bei uns kaum über dem Niveau von 1992.

(Fortsetzung Seite 3)

Solidarität mit K. Hänel - Weg mit dem §219a

Wann die Berufungsverhandlung gegen das Urteil, mit dem die Frauenärztin Kristina Hänel zu einer Geldstrafe von 6000 Euro verurteilt wurde, stattfinden wird, steht noch nicht fest. Es ist möglich, dass dann der §219a, der noch aus der Nazi-Zeit stammt und die „Werbung für Abtreibung“ unter Strafe stellt, bereits abgeschafft sein wird. Möglich, aber nicht sicher. Die Hessische Landesregierung (CDU und Grüne) will sich im Bundesrat enthalten; und auch die SPD im Bundestag hält sich – Groko über alles – zurück. Das Geschachere um Fleischtöpfe und Pfründe ist manchmal schon ekelhaft, der frauenfeindliche Einfluss von Kirche und evangelikalen Eiferern nicht minder. Weg mit dem §219a und weg mit dem §218! E.B.



Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Die Hessische Verfassung schützen!

Derzeit wird nicht nur im Landtag darüber diskutiert, wie die Hessische Verfassung zu ändern sei.

Nur sei die Frage erlaubt: warum? Als am 1. Dezember 1946 die Verfassung des Landes Hessen durch Volksentscheid angenommen wurde, waren die Verbrechen des Faschismus noch gegenwärtig. So herrschte der Wille zu einem wirklichen Neubeginn.

Auch die CDU bekannte sich in ihrem Ahlener Programm zum Sozialismus.

Der breite Wille war, Deutschland sollte endgültig entmilitarisiert werden, faschistische Parteien und Organisationen nie mehr geduldet, die Großkonzerne zerschlagen und die Macht des Großkapitals, das Hitler

mit seiner NSDAP an die Regierung gebracht hatte, sollte beschnitten werden.

Dazu wurden die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens mit Artikel

139 Bestandteil des Grundgesetzes der BRD.

Und diesem Sinne entsprechen zahlreiche Artikel der Hessischen Verfassung wie u. a. das Recht auf Arbeit (Artikel 28), Verbot der Aussperrung



Demo des DGB Mittelhessen am 1. Mai 1973 in Wetzlar. Damals war die Hessische Verfassung und das Gebot der Enteignung noch fester Bestandteil gewerkschaftlicher Forderungen.

(Artikel 29), eine einheitliche Sozialversicherung (Artikel 35), die Sozialisierung der Eisen- und Stahlindustrie und des Großgrundbesitzes (Artikel 41/42), Friedensgebot (Artikel 69),

Widerstandsrecht und -pflicht (Artikel 147)...

Keiner dieser Artikel ist verwirklicht, sie stehen nur auf dem Papier.

Wozu wollen also die Herrschenden mit CDU, SPD, FDP, GRÜNE die Verfassung ändern? Rund 20 Entwürfe werden diskutiert, die man machen aber auch lassen kann: zur Gleichberechtigung, Nachhaltigkeit, Infrastruktur, Kulturförderung, Sport, Ehrenamt... Für die Menschen in Hessen würde jedoch nur dann effektiv etwas getan, wenn für ihre Bedürfnisse mehr Geld bereit gestellt würde. Aber das ist nicht vorgesehen. Das Ziel jedoch wird sein, längerfristig den für Verfassungs-Änderung vorgeschriebenen Volksentscheid auszuhebeln und die noch geltenden sozia-

len und Grundrechte einzuschränken und abzuschaffen und die Hessische Verfassung ihres demokratischen, antifaschistischen und antikapitalistischen Grundgedankens zu berauben.

Michael Beltz



Widerstand gegen Straßenbeiträge wächst

Ein Antrag von Michael Beltz mit dem Ziel, die Straßenbeitragssatzung abzuschaffen, liegt im Stadtparlament vor. Darin wird u. a. gefordert, als Stadt dem breiten Bündnis gegen diese Zwangszahlung beizutreten. Darüber hinaus wird OB Grabe-Bolz aufgefordert, über den Hess. Städte- tag darauf zu dringen, dass dieser die Straßenbeitragssatzung nach § 11 und § 11a ablehnt und eine Streichung der Paragraphen fordert. Der Antrag wird am 15. Februar im Stadtparlament behandelt.

Auch die Fraktion die Linke im Hessischen Landtag hat beantragt: „Die Soll-Vorschriften der §§ 11 und 11a KAG zur Erhebung von Beiträgen zum Umbau und Ausbau von Verkehrsanlagen werden ersatzlos gestrichen.“ Inzwischen wird diese Forderung auch von der hessischen FDP unterstützt. Nachdem die Freien Wähler in Bayern ein Volksbegehren zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge angekündigt haben, tritt auch die CSU angesichts bevorstehender Landtagswahlen dafür ein.

Hessenticket: kein Geschenk

Seit Januar bekommen Beamte und Angestellte des Landes Hessen ein Ticket für alle Busse und Bahnen im Land. In den Leserbriefspalten gab es daraufhin große Aufregung, von unerhörten Privilegien war oft die Rede. Das Hessenticket war aber kein Geschenk der Landesregierung, sondern Teil einer Tarifvereinbarung, es wurde mit etwas geringeren Erhöhungen der Gehälter bezahlt. Außerdem ist es ein Trostpflaster dafür, dass Hessen immer noch nicht der Tarifgemeinschaft der Länder angehört. Landesbedienstete müssen hierzulande länger arbeiten und verdienen weniger als ihre Kollegen in anderen Bundesländern. Wer Busse und Bahnen eifrig nutzt, hat durch das Ticket einen finanziellen Vorteil, viele andere haben wenig davon. Wie wäre es statt einer spaltenden Neiddebatte mit der Forderung: Freie Fahrt in Bussen und Bahnen für alle!? Gernot Linhart

"Rettet die Alte Post" - vor allen Spekulanten



Am Abend des 12. Januar demonstrierten etwa 20 Mitglieder der BI "Rettet die Alte Post" vor dem Lokal „Alt Gießen“. Der Ort wurde gewählt, weil das Lokal der Spekulantenfamilie Shobeiri/Würtele gehört und bis vor kurzem auch von dieser geführt wurde. Im Laufe des Abends stellte sich heraus, dass die Alte-Post-Zerstörer inzwischen verpachtet und sich aus der Geschäftsführung zurückgezogen haben.

Falsch war es trotzdem nicht, dort zu demonstrieren, denn die Pachteinahmen von dort helfen dem Clan, ihr für Gießen schädliches Treiben weiterzuführen. Das nächste Mal will die BI vor dem Privathaus der Familie auftreten. Der Skandal um die Alte Post zeigt, dass der Satz im Grundgesetz „Eigentum verpflichtet“ nur ein leeres Wort ist, solange nicht mit einklagbaren Gesetzen gegen asoziale Eigentümer vorgegangen werden kann.

Noch besser wäre es, wenn jedes Privateigentum an Grund und Boden abgeschafft würde.

Wie die Shobeiris "privates Eigentum" verkommen lassen, sieht man auf dem rechten Bild: der größte Schandfleck Gießens, das ehemalige Samen-Hahn-Gelände am Reichensand. Auch hier stand eines der wenigen denkmalgeschützten Gebäude, die Shobeiri verkommen und abreißen ließ.

Hierzu hat Michael Janitzki, Stadtverordneter der Fraktion Gießener Linke, den Magistrat aufgefordert, zu berichten, wann er endlich in diesem Fall eingreift, der angeblich seit Jahren "allerhöchste Priorität" genießt; außerdem soll der Magistrat dafür sorgen, dass der Leerstand des Wohnhauses in der Westanlage 36 (inkl. Hinterhaus) beendet wird - ebenfalls im Shobeiri-Besitz.

(Fortsetzung von Seite 1)

Lohnrunden 2018

Dies und der soziale Kahlschlag, der von allen herrschenden Parteien durch Rentenkürzung, Hartz-IV und Leiharbeit unerbittlich durchgezogen wird, zeigt Wirkung. Heute haben 40% der Bevölkerung weniger Geld zur Verfügung als vor 20 Jahren. Gleichzeitig explodieren die Einnahmen der Superreichen, ohne dass eine Vermögensteuer auch nur erwogen würde. Stattdessen soll die Einkommensteuer gesenkt werden. Gleichzeitig wei-

gern sich die Bosse, die Forderungen nach mehr Lohn zu erfüllen. Obwohl sogar das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) für eine Senkung der Mehrwertsteuer eintritt, die insbesondere kleinere Einkommen entlasten und den Konsum ankurbeln würde, lehnt das die Bundesregierung ab.

Dieses schreiende Missverhältnis zwischen Arm und Reich wird von Regierenden und ihren Medien kleingeredet. Glaubt man ihnen, dann sind nicht Armut und Kriege die wichtigsten Themen, sondern „Bildung“ oder

„Nachhaltigkeit“ oder „der ländliche Raum“.

Die Eigentumsfrage stellen

Aber die Menschen lassen sich nicht auf ewig für dumm verkaufen. Immer mehr haben grundsätzliche Zweifel am Kapitalismus. Auch auf der Demo am 24.1. in Gießen wurden Stimmen laut, dass es nicht nur um die Krümel des Kuchens bei der jetzt geforderten Lohnerhöhung gehen darf (und selbst die müssen auch erst erkämpft werden), sondern dass es letztlich darum gehen muss, wer die Bäckerei besitzt und darüber bestimmt.

Erika Beltz



Kapitalismus – nein danke

„Das heutige Wirtschaftssystem ist auf Dauer nicht überlebensfähig“, das meinen 54% im Westen und 41% im Osten. Das heißt nicht, dass die restlichen vom Kapitalismus überzeugt sind. Ein hoher Anteil ist unentschieden: 34% im Westen, 33% im Osten.– Diese Zahlen von 2013 dürften inzwischen noch deutlicher ausfallen.

IG Metall: Kämpfen statt kuschen

Bei den aktuellen Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie verhärten sich die Fronten. Neben einer Lohnerhöhung von 6% für ein Jahr fordert die Gewerkschaft, dass es den Beschäftigten möglich ist, für bis zu zwei Jahre die wöchentliche Arbeitszeit auf 28 Stunden reduzieren zu können. Dabei sollen besonders belastete Gruppen einen teilweisen Entgeltausgleich erhalten. Angesichts der satten Profite in den letzten Jahren sind die Forderungen der Gewerkschaft mehr als berechtigt.

Das Angebot der Unternehmer, 2% Lohnerhöhung ab 1. April und einmalig 200 Euro für Januar bis März, wird als Provokation und Missachtung der

Leistungen der Beschäftigten zurückgewiesen. Statt weniger soll in den Betrieben mehr und noch flexibler gearbeitet werden. Wann immer der Chef ruft oder eben nicht, die Beschäftigten sollen allzeit verfügbar sein. Nach Angaben der Unternehmer stehen in den nächsten Jahren „gigantische“ Investitionen für die Digitalisierung und Weiterbildung in den Betrieben an, da sei für Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen kaum Geld da.

Ein weiterer Verhandlungspunkt ist die Angleichung der Arbeitszeiten in Ostdeutschland an das Westniveau. Fast 30 Jahre nach Zerschlagung der DDR-Industrie müssen die Kolleginnen und Kollegen dort 38 statt 35



Rainer Grabowski verliest die Soli-Erklärung der DKP während der Demo der Metaller am 24.1.

Stunden pro Woche arbeiten, teilweise sogar für weniger Lohn. Das ist ein Skandal, aber auch ein Beleg für die höhere Ausbeutung in den östlichen Bundesländern.

Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft zeigen sich kämpferisch. Bei Warnstreiks in verschiedenen Städten gingen Zehntausende auf die Straße, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Sollten die Verhandlungen scheitern, ist die IG Metall bereit und in der Lage, ganztägige Warnstreiks bis hin zu unbefristeten Flächenstreiks in einzelnen Regionen zu organisieren.

Die DKP unterstützt alle Kolleginnen und Kollegen in ihrem berechtigten Kampf um höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzung und steht solidarisch an ihrer Seite. Rainer Grabowski

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die DKP Gießen grüßt Euch und steht in Eurem Kampf um höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzung fest an Eurer Seite. Eure Forderungen nach einer Lohnerhöhung von 6% und dem Recht auf eine Wochenarbeitszeit von 28 Stunden ist mehr als gerechtfertigt, zumal die Profite in den letzten Jahren um mehr als 5% gestiegen sind und mit weiteren Produktionssteigerungen gerechnet wird.

Euer Streik ist die richtige Antwort auf das skandalöse „Angebot“ der Unternehmer, die bis heute mauern und mit Tricks versuchen, Eure berechtigten Forderungen zurückzuweisen. - Wir wünschen Euch in Eurem Arbeitskampf Durchhaltevermögen und Erfolg und werden Euch dabei nach Kräften unterstützen.

Mit solidarischen Grüßen - DKP Kreisvorstand Gießen



Die SPD - Volkspartei oder reaktionärer Wahlverein

Nun verhandelt die SPD mit der CDU/CSU wiederum über eine Große Koalition. Dabei hatte Walter Ulbricht dieser Partei bei Eingehen der ersten Koalition mit der CDU (Kiesinger-Brandt im Jahre 1966) bereits ins Stammbuch geschrieben: „Wer mit den Hunden zu Bett geht, darf sich nicht wundern, wenn er mit Flöhen aufwacht.“

Nun möchte die SPD wieder zur stimmengewaltigen Volkspartei werden. Eigentlich würde man denken, dass der Weg dahin nicht so schwierig ist. Eine kommunistische Partei strebt eine sozialistische Gesellschaftsordnung an. Der Weg dahin ist weit und schwer. Aber das Erreichen von etwas mehr sozialer Gerechtigkeit?

Man hatte es gesehen: Als Martin Schulz antrat mit dem Versprechen des Abbaus von sozialer Ungleich-



heit in Deutschland, da erreichte und überflügelte er die Umfragewerte der Kanzlerin. Allgemein erwarteten die Kleinen Leute eine Abschaffung der

Agenda 2010 mit Hartz-IV (Zusammenlegung von Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe, Kürzung der Leistungen an Arbeitslose, Nullrunden für Rentner).

Als auf die Ankündigung nichts Konkretes folgte, sackten die Werte von Schulz und seiner Partei wieder in den Keller, aus dem die volksfreundlichen Ankündigungen doch gerade herausgeführt hatten. Was folgt daraus? Eine Abschaffung von Hartz-IV würde die SPD wieder zur Volkspartei machen. Gleichzeitig würde sie den Schulterchluss mit Industrie und Finanzwelt beschädigen. Der ist offensichtlich den SPD-Oberen Herzenssache. Da wird sich die Partei wohl weiter damit abfinden müssen, mit Flöhen aufzuwachen. Klaus Mewes

heit in Deutschland, da erreichte und überflügelte er die Umfragewerte der Kanzlerin. Allgemein erwarteten die Kleinen Leute eine Abschaffung der

"Stuttgart 21" wird noch teurer - und wer profitiert?

Der seit 8 Jahren im Bau befindliche unterirdische Durchgangsbahnhof in Stuttgart droht noch teurer zu werden. Schon im November hatte man mitgeteilt, dass die veranschlagten Kosten für "Stuttgart 21" von 6,4 Milliarden auf 7,6 Milliarden steigen werden. Informationen zufolge, die Spiegel online nach eigenen Angaben aus dem Umfeld des Aufsichtsrats der Deutschen Bahn erhalten hat, könnte es sein, dass die Kosten nun auf 8,2 Milliarden Euro steigen. Darüber hinaus könnte das Prestigeprojekt erst 2025, anstatt wie bisher geplant 2021, abgeschlossen werden.



Uniklinik: Abkassieren, wo's nur geht

Wer sich als Privatpatient einer Behandlung im Uniklinikum unterzieht, wird sich über die Rechnung, die er dann erhält, wundern. Als erstes steht da ein hoher Betrag für die eigentliche Behandlung, dann kommen aber noch 9 andere Beträge, von denen nur der letzte (Zuschlag für Zweibettzimmer) verständlich ist. Außerdem gibt es ein paar Euro Zuschlag für Erlösausgleiche, einen Zuschlag zur Verbesserung der Situation des Pflegepersonals, ein paar Euro für Qualitätssicherung, ebenso für Hygieneförderung und einen etwas höheren Betrag zur Finanzierung von Ausbildungsstätten. Eigentlich gehört das alles doch zur ganz normalen Tätigkeit einer Klinik und sollte mit dem Grundpreis beglichen sein. Bei jedem Zuschlag ist eine rechtliche Grundlage angeführt. Logisch erscheint so ein Abkassieren nach dem Motto „Kleinvieh gibt auch Mist“ aber nicht. G.L.



Groko: totaler Verzicht auf Klimaziele

Die erste Verlautbarung bei den Sondierungen zwischen CDU/CSU und SPD für eine erneute Koalition war eine Blamage für die bisherige Regierung. Das Ziel, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40% gegenüber 1990 zu verringern, wurde für unerreichbar erklärt und aufgegeben.

Bis jetzt liegt die Einsparung nur bei 27%. Kein Wunder, denn klare Vorgaben, wie das Ziel erreicht werden könnte, hat es nie gegeben. Genau betrachtet ist das Ergebnis noch kläglicher als es aussieht.

In den Jahren nach 1990 wurden allein durch die Stilllegung der auf Braunkohle basierenden Industrie der DDR die CO₂-Emissionen um 20% verringert. Darüber hinaus hat es danach nur noch wenige Einsparungen gegeben. Im Verkehr

wird mehr CO₂ erzeugt als je zuvor, alle Verbesserungen bei den Motoren wurden durch mehr Fahrten und



schwerere Wagen mehr als ausgeglichen. Bei der Wärmeezeugung geht

es nur sehr langsam voran, alle Einsparungen gehen finanziell fast vollständig zu Lasten der Mieter, auch

hier heben größere und mehr Wohnungen die Einsparungen auf. Strom wird jetzt zwar zu ca. 30% aus sogenannten erneuerbaren Quellen erzeugt, die dadurch nicht mehr benötigten CO₂-Zertifikate werden aber billig an andere Industrien verkauft und machen dort Energieeinsparungen unwirtschaftlich. Ohne Druck von unten wird sich daran auch in den nächsten Jahren nichts ändern.

Es gibt große Ziele für 2050 (vollständige Dekarbonisierung), aber keine konkreten Maßnahmen für heute und morgen, vor allem nichts, was die Profitinteressen der Konzerne stören könnte.

Gernot Linhart



Leserbriefe

Betr.: offizielle Antifa

Vergessen wurde, OB Grabe-Bolz hat 2011 nicht (!) den Nazi-Aufmarsch verboten, obwohl sie dies hätte tun können! Die Stadt Gießen hat während des Nazi-Aufzugs die damals aktiven Antifaschistinnen und Antifaschisten unter Druck gesetzt und sie mit Strafen bedroht.

Betr.: Straßenbeiträge

Bei allen Kommentaren wird der wesentliche Punkt ausgelassen: Die Straßenbeiträge sind grundgesetzwidrig! Das Grundgesetz verlangt Gleichbehandlung aller, und hier werden mutwillig die Anlieger zu Extra-Steuern herausgepickt. Öffentliche Straßen können von allen Menschen dieser Erde (sogar von Außerirdischen) befahren werden, und die größte Abnutzung der Straßen wird eben nicht von den Anwohnern verursacht! Ergo: Sie müssen von der Öffentlichen Hand finanziert werden! (Müssen eigentlich auch Hausbesitzer zahlen, die gar kein Auto haben??) Hier ist eine Grundsatzklage auf

der juristischen Schiene des Kampfes geboten, bis zum Europäischen Gerichtshof! Name ist der Redaktion bekannt

Auf so eine Mitte pfeife ich

Die Medien melden es, Volker Kauder drängt auf schnellen Abschluss der Verhandlungen zur Koalition der Vernunft, der Mitte. Warum diese Eile? Die Polizei warnt davor, schnell Verträge abzuschließen und rät zur genauen Prüfung. Wer auf einen Abschluss drängt, hat oft nichts Gutes im Sinn. - Und überhaupt, was ist eine Koalition der Mitte?

Die Mitte ist das erklärte Ziel all derer, die bereits seit Beginn der Republik predigen: Keine Experimente – Uns geht es gut – Weiter so.

Dabei wird übersehen, dass es immer mehr Bürgern gar nicht gut geht. Gewissenlos wie eine Mitte nun mal ist, reagiert sie auf die in letzter Zeit steigende Anzahl der Betroffenen und leistet sich sogar eine Protestpartei. Die liegt zwar treu auf Linie, darf aber etwas rülpeln. Hauptsache sie erfüllt ihre Aufgabe, die zu erwartenden

Proteste nicht nach links wandern zu lassen. Denn nur dort ist der verordnete Feind daheim. Der Feind aller, die immer mehr haben, aber nie was abgeben wollen. Dazu gehört auch, die derzeitige neoliberale Politik als „linke“ Politik zu bezeichnen. Also den Volkszorn auf jene lenken, die wahrlich nichts dafür können. Mit Sozialdemokratie hat die SPD schon lange nichts mehr zu tun. Nun wurde der Helfer der Mitte, die AfD, von alten und neuen Nazis geentert. Und es wiederholt sich die Geschichte: Mit denen werden wir schon fertig. Warten wir es ab, wann die Wirtschaft ihre Spendenströme umlenkt. Menschen interessieren die nicht, nur steigende Gewinne. - Die vielgepriesene Mitte ist also nichts anderes als der Lakai der Wirtschaft, die deren Geschäfte fördert und jeden sozialen Gedanken verhindert. Im Bundestag sehe ich keine Partei, die daran etwas ändern möchte. Abgesehen davon, dass sie es nicht dürfen. Und darauf sind die auch noch stolz.

Auf so eine Mitte pfeife ich.

Wolfgang Seibt



Annähernd 12.000 Menschen nahmen an der jährlich stattfindenden Demonstration zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 14. Januar in Berlin teil – wieder ein Rekord der Teilnehmerzahl. Dennoch war dies den bürgerlichen Medien - wenn überhaupt – nur eine kurze Notiz wert.

An der Rosa-Luxemburg-Konferenz der "jungen Welt" am Samstag davor nahmen 2700 Kommunisten und Sozialisten teil. Zum Hauptthema „Afrika“ referierten Vertreter aus den verschiedenen Staaten Afrikas, aus China, Kuba und Venezuela.

Linke Gruppen waren mit interessanten Info-Tischen, Reden und Gesprä-

chen vertreten. Podiums-Diskussionen zu Kriegen der Imperialisten und die Ausbeutung des afrikanischen Kontinents sowie gegen die Verarmung vieler Menschen wurden verbunden mit der Aufgabe der Gewerkschaften und linken Kräften. Eine Vertreterin der GRÜNEN versuchte sich vor der Verantwortung Deutschlands wegen Kriegsteilnahme und Waffenlieferung zu drücken.

DKP und SDAJ führten eigene Diskussionsrunden durch und beteiligten sich verantwortlich am Verlauf der gesamten Veranstaltung. Aus Gießen waren fünf Kommunisten vertreten – könnte besser werden. M.B.



www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50

Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.

Dr. A. Kaufmann, kein Widerstandskämpfer, sondern Hess-Bewunderer

Jörg-Peter Jatho, der seit vielen Jahren über die NS-Zeit forscht und publiziert, hat neuere Erkenntnisse über den „Kaufmann-Kreis“, auch „Freitag-Kränzchen“ genannt, herausgefunden. Dr. Alfred Kaufmann hatte in den Jahren 1941/42 mit einigen Bekannten sogenannte „Feindsender“ gehört. Dabei wurden sie von der Gestapo entdeckt. Drei Personen aus der Gruppe, der Kunstmaler Heinrich Will und dessen Frau sowie Pfarrer Steiner, wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die Gruppe wurde deswegen in der Nachkriegszeit als dem Widerstand angehörig angesehen, was J.-P. Jatho schon seit langem bestreitet. Ein Fund von 28 Briefen aus den Jahren 1933 bis 1938 hat diese Einschätzung jetzt bestätigt. Die meisten der Briefe wurden von Kaufmann an Rudolf

Hess, dem Stellvertreter Hitlers, geschrieben. Hess und Kaufmann waren alte Bekannte, Kaufmann kannte Hess praktisch von Geburt an, er hatte ihn getauft. Während der gesamten Nazi-Zeit prahlte er mit dieser Bekanntschaft und zeigte sich als glühender Anhänger des faschistischen Systems. Sein Abhören ausländischer Sender war eher Neugier und Verunsicherung, vor allem nach dem mysteriösen Flug seines Idols Hess nach England. Die folgende Verfolgung und Verurteilung des Kaufmann-Kreises zeigt, dass die Nazis zur Abschreckung der Bevölkerung nicht einmal vor der Hinrichtung eigener Anhänger zurückschreckten. Der neue Text von J.-P. Jatho ist hier veröffentlicht (<http://ametas.homepage.t-online.de/weltlauf/20171209.pdf>). Gernot Linhart

**UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP**
UZ Woche für Woche
antikapitalistisch!

**10 Wochen
kostenlos testen**

Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de

**Redaktionsschluss für
März-Echo: Mi., 21. Febr.**

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Veranstaltung des Gießener Friedensnetzwerks

Montag, 26. Februar, um 19 Uhr in der ESG (Henselstr.) mit
Willi van Ooyen

Bundesausschuss Friedensratschlag

Er referiert und diskutiert zur Kriegsgefahr, dem notwendigen Kampf um Frieden sowie zum deutschen und internationalem Rüstungsexport.

Demo zum Internationalen Frauentag

Start am Samstag, dem 10. März um 13 Uhr mit einer Auftaktkundgebung am Kirchenplatz unter dem Motto:

Gleiche Rechte - gleiche Möglichkeiten - für alle und überall

Aufrufer: ARAG, DKP Gießen, Frauenladen, Internationalistisches Bündnis, kurdischer Frauenrat



news.dkp.de
www.dkp-hessen.de
www.dkp-giessen.de
DKP-Gießen auch bei facebook

Wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren für 2018 und um Spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. - Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Sparkasse Gießen, IBAN:
DE75 51350025 0000 1930 70.

Es grüßt mit herzlichem Dank die
Echo-Redaktion

Widerstand gegen Hartz IV montags 18 - 19 Uhr, bei den 3 Schwätzern

Deutsche Panzer gegen Kurden

Türkische Armee greift in Nordsyrien an – „Internationale Gemeinschaft“ schweigt

Nach Monaten der Drohungen begann die türkische Armee ihren Angriff gegen die Stadt Afrin im Norden Syriens. NATO-Waffen, deutsche Leopard Panzer, Artillerie und Luftangriffe sollten Stellungen der kurdischen YPG zerstören. Kämpfer der mit der Türkei verbündeten FSA und türkische Armee-Einheiten drangen gemeinsam gegen Afrin vor – militärisch bisher ohne Erfolg. Der Name der Operation galt wohl der „Internationalen Gemeinschaft“: „Olivenzweig“. Mit Erfolg – die internationalen Reaktionen bleiben zurückhaltend, die NATO-Staaten äußerten lediglich ihre „Besorgnis“. Auch Außenminister Gabriel sieht „mit Sorge nach Nordsyrien“ und befürchtet unkalkulierbare Risiken.

Die Regierungen von Syrien, dem Iran und Ägypten verurteilten den Angriff ebenso wie die Hisbollah als brutale und ungerechtfertigte Aggression. Frankreich fordert eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates – Afrin ist

dabei jedoch nur ein Thema von mehreren...

Wer erwartet hätte, die USA würden die YPG verteidigen, sah sich getäuscht. Auch die USA lassen die Türkei gewähren. Verteidigungsminister Mattis sprach von den berechtigten Sicherheitsinteressen der Türkei. Außenminister Tillerson bat um Zurückhaltung was Ausmaß und Dauer der türkischen Operation betrifft. Im Gegenzug versprach die türkische Regierung, dass sie keine Konfrontation mit US-Truppen suchen würde. Und die USA hatten der Türkei zugesichert, dass keine US-Soldaten im betreffenden Gebiet stationiert wären.

Entgegen allen Behauptungen dient das Bündnis der Kurden mit den USA letztlich nur den Interessen der USA, dem Ziel eines Regime-Change zu den Bedingungen Washingtons.

Afrin ist auf drei Seiten von Gebieten umgeben, die unter Kontrolle von Verbündeten der Türkei stehen. So

gibt es nur den Weg über Aleppo, der Afrin mit den anderen Gebieten unter kurdischer Kontrolle verbindet. Hier sind am letzten Kontrollpunkt, wie Karin Leukefeld in der ‚jungen Welt‘ schrieb, eine syrische als auch eine kurdische Fahne gehisst. Die Zusammenarbeit mit Damaskus ist hier unverzichtbar. Gerade jetzt, wenn die SDF, zu denen die kurdische YPG gehört, prüfen, ob Verstärkungen nach Afrin geschickt werden können.

Tausende hatten in Europa unter kurdischen Fahnen gegen die türkische Aggression demonstriert. Der Angriff der Türkei richtet sich aber nicht nur gegen die YPG, sondern auch gegen Syrien. Die sogenannte Sicherheitszone, die die Türkei errichten will, soll auch den türkischen Einfluss auf die Nachkriegsordnung in Syrien stärken. Manfred Ziegler

Gekürzt aus: UZ - Unsere Zeit, Wochenzeitung der DKP vom 26.1.18

https://www.unsere-zeit.de/de/5004/internationale_politik/7548